

Bundeshaushalt 2017: Schwarz-rote Bundesregierung stellt Signal für Ausbau des Münchner Nahverkehrs auf rot

Der Bundestag hat am 25.11.2016 den Bundeshalt 2017 verabschiedet und belies den Posten für Investitionen in den Schienenpersonennahverkehr in ganz Deutschland unverändert bei viel zu niedrigen 332,7 Millionen Euro. Die Vorschläge der Länder und der Grünen-Fraktion, diesen Posten deutlich zu erhöhen, blieben unberücksichtigt. Bau und Finanzierung der 2. Stammstrecke in München werden damit über sage und schreibe rund 25 bis 50 Jahre lang sämtliche Bayern zustehende Mittel aus diesem Finanzierungstopf binden. Die Zusicherung der Staatsregierung, dass Bau und Finanzierung der 2. Stammstrecke andere bayrische Schienenprojekte nicht beeinträchtigen würde, wird damit zu Makulatur. Dringend notwendige Ausbaumassnahmen wie der mehrgleisige S-Bahn-Ausbau zwischen Pasing und Buchenau, Berg am Laim und Markt Schwaben aber auch die U-Bahn-Verlängerungen nach Martinsried, nach Pasing und Engelschalking rücken damit in weite Ferne.

Am 25.11.2016 hat der [Deutsche Bundestag mit sämtlichen Stimmen der schwarz-roten Koalition – auch der Bayerischen CSU- und SPD-Abgeordneten - dem Bundeshaushalt 2017 zugestimmt](#). Damit stellt der Bund wie schon seit einigen Jahrzehnten pro Jahr nur 332,7 Millionen Euro für das Bundesförderprogramm für Investitionen in den Schienenpersonennahverkehr (GVFG-Mittel) in ganz Deutschland bereit. Weder der Vorschlag der [Länder](#), die GVFG-Mittel auf 500 Mio. Euro aufzustocken, noch jener der [Grünen](#), die GVFG-Mittel auf 1 Mrd. Euro aufzustocken, fanden Berücksichtigung. Unserer Meinung nach kann man nun alle sonstigen S-, U- und Trambahnprojekte in Bayern abgesehen von der 2. Stammstrecke für mindestens die nächsten 25 Jahre vergessen. Der Bund hat sich bekanntlich grundsätzlich bereit erklärt, gemäss GVFG 60% der Kosten für die 2. Stammstrecke (insg. 3,84 Mrd. Euro) zu tragen, dies wären 2,3 Mrd. Euro. Da die GVFG-Mittel hinten und vorne nicht ausreichen, will Bayern die GVFG-Bundesmittel vorfinanzieren. Gehen wir davon aus, dass Bayern maximal das doppelte der GVFG-Mittel für sich beanspruchen kann, wie der Freistaat gemäss Bevölkerungsanteil (15%) zugute hätte, also 30%. Gemäss dieser Rechnung könnte Bayern knapp 100 Mio Euro pro Jahr abrufen (30% * 332,7 Mio Euro). Das hiesse über 23 Jahre käme kein anderes S-, U-, oder Strassenbahnprojekt in Bayern mehr zum Zuge. Wir glauben jedoch kaum, dass Bayern über so viele Jahre hintereinander einen so hohen Anteil der Deutschland-weiten GVFG-Bundesmittel beanspruchen kann. Ohne eine Aufstockung der GVFG-Fördermittel ist die [Zusicherung der Staatsregierung](#), "... dass andere bayerische Projekte aus dem GFVG-Programm durch die Finanzierung der 2. Stammstrecke in München nicht beeinträchtigt werden" wohl nicht das Papier wert, auf dem die Pressemitteilung geschrieben wurde. Wir fordern die bayerischen Bundestagsabgeordneten deshalb dringend dazu auf, sich für eine Erhöhung der GVFG-Mittel einzusetzen. Ansonsten sind ihre Forderungen nach einem Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs nur ein Lippenbekenntnis. Der Ausbau der S-Bahn zwischen Pasing und Buchenau ist wirklich dringend, denn ohne einen Streckenausbau können nach Eröffnung der 2. Stammstrecke zwischen Leienfelsstrasse und Pasing in der Spitzenstunde statt bisher sechs nur noch fünf S-Bahnzüge verkehren. Gemäss [offiziellen Gutachten zur 2. Stammstrecke](#) kommt es zu einer noch stärkeren Überlastung, die Richtwerte des VerbandsDeutscher Verkehrsunternehmen werden dabei überschritten.

Ralf Wiedenmann
Müliwiesstr. 77
CH-8487 Zell ZH